

Niederschrift

über die in der 05. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 17.02.2016 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses
in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 16:50 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 16:52 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 16:55 Uhr

anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder:

Hohl, Peter	Kevelaer
Mailänder, Josef	Straelen
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Fenger, Andre	Rees
Ernst, Marcel	Kevelaer
Kürten, Wolfgang	Uedem
Wittenburg, Thomas	Issum
Franken, Jürgen	Kranenburg
Lohmann, Gaby	Kranenburg
Pastors, Angelika	Emmerich am Rhein
Höhn, Birgitt	Rees

beratende Mitglieder:

Hoppmann, Ludgera	Uedem
Derksen, Herbert	Kleve
Walther, Bert	Duisburg

entschuldigt sind:

Derstappen, Gertrud
Hübinger, Nadja nebst Vertretung Monika Menne-Verbeek
Vonderschen, Meike nebst Vertretung Christina Biersching
Küper, Manfred nebst Vertretung Bernhard Heisterkamp
Lemken, Hubert nebst Vertretung Cornelia Graßhoff

anwesend sind von der Verwaltung:

Spreen, Wolfgang
Franik, Günter
Unruh, Frank

als Schriftführerin:

Andrea Perau

- - - - -

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen und der Fachausschuss beschlussfähig ist. Des Weiteren weist er auf die Ergänzungsvorlage Nr. 375a/WP14 zu TOP 1 hin, die zur heutigen Sitzung ausliegt.

Sodann werden Frau Hoppmann und Herr Derksen verpflichtet.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1. | Haushalt 2016 / 2017 - Beratung und Empfehlungsbeschluss | 375 /WP14 |
| | Ergänzungsvorlage | 375a/WP14 |
| 2. | Mitteilungen | |
| 3. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | |
|----|--------------|
| 4. | Mitteilungen |
| 5. | Anfragen |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:	Vorlage Nr. 375 /WP14 Vorlage Nr. 375a/WP14
Haushalt 2016 / 2017 - Beratung und Empfehlungsbeschluss	

Der Vorsitzende schlägt zum Tagesordnungspunkt 1 folgende Verfahrensweise vor:
Zunächst besteht die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme, dann werden die Punkte der Synopse einzeln beraten und abgestimmt, im Anschluss daran erfolgt die Schlussabstimmung.

Stellungnahmen zum Entwurf:

Herr Mailänder führt für die CDU Kreistagsfraktion aus, dass der Haushaltsentwurf für die Jugendhilfe einen deutlichen Sprung von 2014 zu 2015 vorsehe. Für die Kommunen sei die Höhe der differenzierten Umlage interessant. Im Bereich Tageseinrichtungen betrage der Anstieg ~3,7

Mio. €. Herr Mailänder weist auch auf die Diskussion über die Elternbeiträge hin, die insbesondere hinsichtlich der Frage einer Erhöhung durch die Kommunen kritisch angemerkt wurde.

Im Ergebnis solle es bei der derzeitigen Situation bleiben. Es solle dafür gesorgt werden, dass Kindergartenplätze weiterhin attraktiv aufgrund der geringen Elternbeiträge sind, um möglichst viele Eltern zu motivieren, diese Angebote anzunehmen. Kinderförderung in Verbindung mit einer hohen Besuchsquote in Tageseinrichtungen sei ein wichtiger Faktor. Es zeige sich derzeit, dass, auch gegen den sonst üblichen Trend, weitere Gruppen gebraucht werden unter anderem in Kranenburg, Weeze, Wachtendonk, Bedburg-Hau. Daraus folge unabdingbar, dass die Betriebskosten steigen. Gerade auch an diesem Budget könne eine erfolgreiche Politik abgelesen werden; ebenso daran, dass der Kreis Kleve Spitzenreiter beim Platzangebot sei. Es sei wichtig, Eltern die Möglichkeit einer guten Betreuung zu bieten, um so auch dem Ziel, die Vereinbarung von Familie und Beruf Rechnung zu tragen. Im Bereich Jugendarbeit begrüße er, dass die Einrichtungen TBH sowie Integra Zuschüsse erhalten, um Jugendlichen in diesen Maßnahmen einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Im Bereich der allgemeinen Jugendhilfe sollen die Förderrichtlinien überarbeitet werden. Damit beschäftige sich der Ausschuss dann in naher Zukunft.

Für die SPD-Kreistagsfraktion nimmt Herr Franken Stellung und erläutert, dass der Umlagebedarf von 2015 in 2016 auf 28,5 Mio. € steige, davon ~3,5 Mio. € Steigerung im Produkt 609 – Tageseinrichtungen. Dies führe zu einer Erhöhung der Jugendamtsumlage von 3,77 % in 2016 und 0,9 % in 2017. Das bedeute eine große Belastung für die Kommunen. Gleichwohl wurden in der Vergangenheit Ziele formuliert, die mit den Kommunen beschlossen wurden, denen nunmehr auch Rechnung getragen werden müsse. Gut investierte Mittel bekomme man auch zurück. Daher wolle man den Haushalt mit auf den Weg bringen. Für den Bereich der Tagespflege weist Herr Franken noch auf den Anstieg von 570.000 € hin sowie auf die hohe Fallzahl im Bereich Hilfe zur Erziehung – Eingliederungshilfe. Er führt aus, dass, wenn alle Inklusion wollen, die Kosten dafür dann auch getragen werden müssen. Er sehe dies als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht nur als reine Landesaufgabe. Generell solle man auch an das Kindergeld herangehen, aber das sei Sache des Bundes. Bei einer Abschaffung könnten diese Mittel in Leistungen für Kinder und Jugendliche implementiert werden, denn Bildung und Ausbildung sollten kostenfrei angeboten werden. In den Medien konnte die Diskussionen über die Elternbeiträge verfolgt werden. Herr Franken teilt mit, dass seitens der SPD-Kreistagsfraktion eine weitere Anhebung als der in der Dynamisierungsklausel der Elternbeitragsatzung vorgesehenen 1,5 % abgelehnt werde. Die Ist-Zahlung entspräche einem Deckungsgrad von ~ 8 %, tatsächlich werde sich dieser bei 8,5 % einpendeln. Eltern wechseln in höhere Beitragsstufen aufgrund der tariflichen Erhöhungen. Dies führe zu höheren Beiträgen. Eine Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei gewünscht. Ebenso gewünscht sei hinsichtlich der Platzangebote in Tageseinrichtungen auch der Gruppentyp II, über diese Frage solle jedoch dann am 10.03.16 im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung diskutiert werden. Zum Antrag der Grünen fügt Herr Franken an, dass er sich auch für die Zukunft in Verbindung mit der Reform des KiBiz mehr Beitragsbefreiung und einen landeseinheitlichen Elternbeitrag wünscht. Für den Bereich Jugendarbeit könne er sich eine stärkere Förderung des Kreissportbundes vorstellen. Die Überarbeitung der Förderrichtlinien wird durch Herrn Franken begrüßt.

Herr Wittenburg führt für die FDP-Kreistagsfraktion aus, dass dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zugestimmt werde. Zur Thematik der Elternbeiträge sehe er durchaus Spielraum, auch mit Blick auf die fünf Stadtjugendämter. Dieser werde jedoch zugunsten der Planungssicherheit der Eltern sowie der Attraktivität der Kindertagesbetreuung zurückgestellt. Er vertraue auf eine landeseinheitliche Regelung.

Herr Hohl verweist auf die Sitzung am 10.03.2016, in der das seit Jahren bedarfsorientierte Angebot des Kreisjugendamtes Kleve mit dem Bedarfsplan vorgestellt werde.

Beratung und Abstimmung über die Ausführungen in der Synopse:

06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
0604 Hilfe zur Erziehung
53310340 Amb. Eingliederungshilfe § 35 a SGB VIII
Gender Budgeting

Frau Höhn erläutert zum Antrag, dass der Vertrag von Amsterdam eigentlich alle Mitgliedstaaten der EU verpflichte. Beispielhaft in der Umsetzung sei Wuppertal zu benennen. Wichtig dabei sei die Frage, was kommt Mädchen bzw. Jungen zu Gute und wie kann dies effektiv gesteuert werden.

Herr Mailänder stellt fest, dass es sich bei der Eingliederungshilfe um individuelle Förderungen handle. Er hält dies für eine Aufbereitung von unnötigem Datenmaterial.

Frau Höhn entgegnet, wenn Hilfe festgestellt werde, können daraus viele Maßnahmen abgeleitet werden. Bei Gender Budgeting gehe es um Effektivität und dies solle als Chance betrachtet werden.

Herr Wittenburg erklärt, dass er keine Vorteile für diese Personengruppe sehe.
Frau Kersten schließt sich dahingehend an.

Es ergeht Beschluss gemäß Vorschlag der Verwaltung. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung

06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
0609 Tageseinrichtungen für Kinder
43210150
Elternbeiträge

Zu diesem Punkt der Synopse erfolgt kein Beschluss. Es besteht Einvernehmen dahingehend, dass die Thematik im Gesamtbeschluss enthalten und eine gesonderte Abstimmung somit entbehrlich ist.

06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
0609 Tageseinrichtungen für Kinder
43210150
Elternbeiträge / Einrichtung einer Arbeitsgruppe

Frau Höhn führt aus, dass eine sozialgerechte Erhebung der Elternbeiträge im Kreis Kleve erfolgen solle. Sie sehe das Kreisjugendamt dahingehend als Dienstleister seiner Kommunen, deren Bürgermeister zum Teil andere Wünsche geäußert haben. Der Kreis solle sich für angleichende Elternbeiträge auf den Weg machen.

Herr Mailänder verweist auf das Jahr 2019. Dann solle eine Neuorientierung der Elternbeiträge erfolgen. Hinsichtlich der Elternbeiträge der Stadtjugendämter gibt er zu bedenken, dass niemand Politik zurückhält, sich auch in Richtung Kreis zu bewegen. Wenn auch die anderen Seiten dahingehend Signale aussenden, sei man sicherlich zu einer Zusammenarbeit bereit.

Herr Franken zeigt widersprüchliche Aussagen im Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf. Zum einen wolle man mittelfristig Beitragsfreiheit erreichen, zum anderen spreche man von einer moderaten sukzessiven Angleichung. Eine Anhebung der Beiträge um einen Deckungsgrad von 11 bis 13 % zu erreichen, bedeute, dass eine Beitragsanhebung von 70-80 % erfolgen müsse, um dies zu verwirklichen. Diese massive Beitragsanhebung sei nicht vertretbar. Auch die städtischen Jugendämter müssten dann die Beiträge anpassen. Bei dem Ziel der Beitragsbefreiung könne er mitgehen. Dies sei jedoch Landesaufgabe. Eine Anhebung lehne er jedoch ab.

Es ergeht Beschluss gemäß Vorschlag der Verwaltung. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich bei einer Gegenstimme.

a) § 6 (2) Haushaltssatzung – **Hebesatz der Jugendamtsumlage und**

b) 16 Allgemeine Finanzwirtschaft
1601 Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen
41851000
Mehrbelastung f. Gemeinden ohne eigenes Jugendamt

Herr Franken hat zur Kenntnis genommen, dass die Umlagegrundlagen somit feststehen und der Hebesatz um 0,01 % anzupassen sein wird. Er habe jedoch noch Fragen zum Zahlenwerk, die sich auf das Produkt 609 und hier auf die Aufwendungen für Betriebskosten der freien Träger und der Kommunen beziehen. Er fragt an inwiefern die Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden vom 16.12.2015 bereits in den Berechnungen berücksichtigt wurden. Die Mittel aus dem Wegfall des Betreuungsgeldes sollen zum einen mit 100 Mio. € für den Ausbau Ü3 und zum anderen zur Anpassung der Dynamisierungsklausel für die Kindpauschalen eingesetzt werden. Er möchte vermeiden, dass sich nachher doch noch eine Unterdeckung herausstelle und evtl. später nachgefordert werde. Diese Nachforderung schein sich für 2015 auch anzudeuten. In 2014 habe sich die Endabrechnung nahezu punktgenau dargestellt, für 2015 seien die geplanten Ansätze nicht auskömmlich. Somit zeige sich, dass ein Doppelhaushalt naturgemäß im zweiten Jahr ungenauer ist. Er fragt an, ob seitens der Verwaltung bestätigt werden könne, ob die Vereinbarung aus Dezember 2015 so eingerechnet sei. Weiterhin führt er aus, dass er gerne bereit ist, den Haushalt mitzutragen. Dies sei jedoch nicht gleichlautend mit einer generellen Zustimmung zur Thematik Doppelhaushalt.

Herr Franik erklärt, dass in den Ansätzen, die vorliegen, die Erhöhung aus der Vereinbarung sowie aktuelle Entwicklungen einbezogen sind. Die Ansätze spiegeln die derzeitige Bedarfslage wieder. Ungewisse Punkte seien noch vorhanden, da noch nicht alle Details zur Kindergartenbedarfsplanung vorliegen, wie z.B. Höhe der Kindpauschalen, Stundenumfang, neue Gruppenstrukturen etc.. Dass eine Punktlandung für 2015 nicht erreicht werde, könne ursächlich darin begründet sein, dass bei der Haushaltsaufstellung die Auswirkung des demografischen Faktors zu stark gewichtet, der Nachfrageanstieg der Eltern hingegen zu gering eingeschätzt worden sei. Die Kindergartenbedarfsplanung ist noch nicht fertig. Die bereits vorliegenden Werte und Fakten wurden eingerechnet. Eine Modellrechnung wurde durchgeführt. Im Bereich 609 könne somit nach heutiger Sicht davon ausgegangen werden, dass die Mittel ausreichend kalkuliert seien.

Die Änderungen werden ohne Abstimmung zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und lässt im Anschluss über die Beschlussempfehlung zum Haushalt 2016 / 2017 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig bei einer Enthaltung

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag die Verabschiedung der Haushaltssatzung 2016 / 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen für den Jugendhilfebereich in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der zu der Synopse im Einzelnen gefassten Beschlussvorschläge.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Es gibt keine Mitteilungen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Anfragen

Frau Kersten führt aus, dass seit geraumer Zeit die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge durch die Landesstelle verteilt werden. Sie fragt an, wie viele unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge auf das Kreisjugendamt verteilt wurden.

Herr Unruh teilt mit, dass derzeit 93 unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge in die Zuständigkeit des Kreisjugendamtes Kleve verteilt wurden bzw. dies unmittelbar bevorstehe. Für alle Jugendämter seien Obergrenzen gesetzt worden. Derzeit sei die durch das Land errechnete Zuteilungsquote durch das Kreisjugendamt fast erfüllt. Allerdings bestehe eine sehr große Fluktuation. Die Verweildauer der Jugendlichen in der Region sei in einigen Fällen sehr kurz. Die Jugendämter aus NRW erhalten derzeit die Zuteilungen größtenteils aus Hessen, jedoch zeigen die Flüchtlinge auf, dass sie nicht unbedingt nach NRW wollen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:	nichtöffentliche Sitzung
-------------------------------------	---------------------------------

Mitteilungen

Es gibt keine Mitteilungen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:	nichtöffentliche Sitzung
Anfragen	

Es gibt keine Anfragen.

Abschließend bedankt der Vorsitzende sich bei den Ausschussmitgliedern und schließt die Sitzung.

Kleve, 18.02.2016

Andrea Perau
(Schriftführerin)

Peter Hohl
(Vorsitzender)